

Verantworten statt Verwalten

Von Selbstverantworteter Schule ist nur noch eine müde Hoffnung zurückgeblieben. Eine Hoffnung, an der Schule Wege zu gehen, auf denen die eigenen Schülerinnen und Schüler mit Freude und Erfolg lernen. Wege, die in einem anderen Stadtteil Hamburgs ganz anders aussehen, weil die Schülerinnen und Schüler dort eben andere sind. Und dass die Unterschiede sehr groß sind, zeigen ein ums andere Mal PISA, KERMIT, RISE und die alltäglichen Erfahrungen der Kolleginnen und Kollegen.

Es klang zu schön: „(Die Selbstverantworteten Schulen) entscheiden weitgehend selbst, wie gelehrt und gelernt wird. Dabei berücksichtigen sie die jeweilige schulische Situation und die besonderen Rahmenbedingungen der eigenen Schülerschaft.“¹

So konnten zum Beispiel die Schulen in eigenen Stundentafeln „nicht nur einzelne Fächer vorgeben, sondern auch übergeordnete Lernbereiche, um fächerübergreifenden Unterricht zu fördern.“² Die Schulbehörde unter Ties Rabe wusste es aber besser. Aus ihr werden wieder Fächer und Stundenzahl beinahe vollständig vorgegeben. An Grundschulen gibt es nun 8 Stunden „Gestaltungsraum“ für vier Schuljahre. Das macht pro Schuljahr 2 Unterrichtsstunden, die häufig bereits durch die verlässliche Grundschule bis 13 Uhr „gefressen“ werden: ein Unterrichtstag umfasst 5 Unterrichtsstunden plus 15 Minuten. De facto haben Grundschulen hier keinerlei Spielraum – und das, obwohl Hamburg im bundesweiten Vergleich am meisten Unterricht in der Grundschule hat! Der „Gestaltungsraum“ wurde zu einer Spielwiese, die keinen ernstzunehmenden Platz mehr lässt, um selbstverantwortet eigene Schwerpunkte zu entwickeln.

Nun bläst der Schulsenator

¹ BBS Hamburg: Selbstverantwortete Schulen. Hamburg 2006. S. 8

² ebd. S. 11

zur Mathe-Offensive. Wieder weiß er, was für alle Schulen in Hamburg gleichermaßen gut ist: Mehr Zeit für die Fachkonferenz Mathematik, mehr Fachkräfte einsetzen, Fortbildungsverpflichtung einheitlich vorschreiben.

Was auf dem Papier so vernünftig klingt, versagt im Alltag vollständig. Kolleginnen und Kollegen berichten: Es gibt seit Jahren Mathematikförderung (und das, wo die Behörde nur

*Der „Gestaltungsraum“
wurde zu einer
Spielwiese, die keinen
ernstzunehmenden
Platz mehr lässt, um
selbstverantwortet
eigene Schwerpunkte zu
entwickeln*

sogenannte „Sprachförderstunden“ zuweist), ebenso Angebote des besonderen Forderns. Es gibt eine extra ausgebildete PRIMA-Koordinatorin, gemeinsame schulinterne Fortbildungen und – als der Gestaltungsraum noch da war – eine Stunde mehr Mathematik. Trotzdem zeigen die Schülerinnen und Schüler nicht die Erfolge, gemessen an KERMIT. Und da soll eine Mathe-Offensive weiterhelfen, die keine echten Alternativen vorschlägt?

Statt auf berechtigte Fragen der Kolleginnen und Kollegen

zu antworten, werden neue Konflikte geschürt. 90 Minuten mehr für die Fachkonferenz Mathematik (ebenso für Deutsch und Englisch/ Sachunterricht) ist die Vorgabe aus der Schulbehörde – die Zeit dafür liefert sie aber nicht mit. So ringen die Schulleitungen und die Kollegien darum, wem die Zeit zu nehmen ist. Wie passt das zu bestehenden Ziel- und Leistungsvereinbarungen? Was wird aus schuleigenen Schwerpunkten der Weiterentwicklung? Was wird aus der Zeit, die die Kollegien seit Jahren in das Finden und Umsetzen dieser Schwerpunkte investiert haben? Wieder macht der Senator seine Rechnung ohne die Kollegien. Die Quittung dafür sind vielerorts Enttäuschung, Entmutigung und Wut.

Die Mathe-Offensive reiht sich nahtlos ein in eine Folge von Besserwisserei aus der Schulbehörde: Stundentafel, Lehrerarbeitszeitverordnung, Musterflächenprogramm, Ganztags, Inklusion, Schwimmunterricht, Basiswortschatz, ... Was da in den letzten Jahren verkündet wurde, entstand nicht in einem Dialog auf Augenhöhe zwischen Schulen und ihrer Behördenleitung.

Der Senator mit seiner Amtsleitung lässt den Kollegien und ihren Leitungen immer weniger Luft für eigene Entscheidungen. Dazu kommt, wie mit der Organisation des Schwimmunterrichts, dass seitens der Behörde

bis in kleinste Details des alltäglichen Schulbetriebs hineinregiert wird. Wo aber die Schulen keinen Platz für eigene Entscheidungen haben, können sie die Folgen auch nicht verantworten.

Damit bleibt von der einstmals gewollten Selbstverantworteten Schule nur noch eine selbstverwaltete Farce.

Wir Schulleitungen wollen mit unseren Kollegien, den El-

tern und den Schülerinnen und Schülern bedeutsam entscheiden können. Für diese Entscheidungen übernehmen wir auch die Verantwortung.

AG SCHULLEITUNGEN in der GEW

SCHULSTRUKTUR

Alte Denkfiguren über Bord werfen

150 Tage nach dem Positionspapier setzen Schulleiter_innen der Stadtteilschulen die Debatte um mehr Bildungsgerechtigkeit in öffentlichen Foren fort

Vor ca. 150 Tagen haben sich die Schulleiter_innen der Hamburger Stadtteilschulen an die Öffentlichkeit gewandt und in ihrem Positionspapier die notwendigen bildungspolitischen Forderungen für ein wirklich bildungsgerechtes Schulwesen benannt und das Leitbild der leistungsstarken Stadtteilschulen als richtigen Wegweiser hierfür beschrieben. Wir ziehen heute eine erste Bilanz: Die Impulse der über 50 Hamburger Schulleiter_innen haben die Bildungsdebatte wieder in die Stadt geholt: Neben der breiten regionalen und bundesweiten Berichterstattung wurde auch die politische Diskussion bis in die Bürgerschaft geführt. Die Vereinigung der Schulleiter_innen der Hamburger Stadtteilschulen hat zahlreiche interessante und konstruktive Gespräche mit Parteien, Verbänden, Organisationen, Wissenschaftlern und weiteren namhaften Einzelpersonen geführt. Diese führen wir fort. Auf dem großen bundesweiten Inklusionskongress „Eine für alle“ in Frankfurt gab das engagierte Eintreten der Hamburger Stadtteilschulleiter_innen für ein nicht aussonderndes Schulwesen den anwesenden Gewerkschaften,

Stiftungen, Bildungs- und Menschenrechtsorganisationen und nicht zuletzt den vielen hundert anwesenden Pädagoginnen und Pädagogen viel Rückenwind für ihre Arbeit hin zu einem inklusiven Schulwesen. Die Stadtteilschulleiter_innen haben konkrete Handlungsfelder benannt und der Behördenleitung übergeben. Für November hat die Behörde die Schulleiter_innen der Stadtteilschulen zum Austausch über einige der von ihnen benannten Fragen eingeladen. Diesen Prozess begleiten wir konstruktiv und kritisch.

Dazu Helga Wendland, eine

der vier Sprecher_innen der Vereinigung: „Bis heute müssen wir aber auch feststellen, dass in der öffentlichen Bildungsdebatte immer noch alte Denkfiguren bemüht werden, die unserem Anspruch an eine moderne Schule nicht gerecht werden. Noch können wir nicht erkennen, dass nun die dringend gebotene breite Debatte um Bildungsgerechtigkeit, um eine Schule der Zukunft, die sozial und inklusiv ist und die nicht ausgrenzt, erfolgt. Aus diesem Grund werden wir, die Vereinigung der Schulleiterinnen und Schulleiter der Hamburger Stadtteilschulen, gemeinsam mit der GGG und mit Bündnispartnern diese Debatte um ein inklusives Schulwesen öffentlich weiter führen.“

In den nächsten Wochen und Monaten führen wir aus diesem Grund öffentliche Foren zu zentralen Fragen der Weiterentwicklung des Hamburger Schulwesens durch.

HELGA WENDLAND,
CAROLA FICHTNER,
DOROTHEE WOHLERS,
THIMO WITTING

Sprecher_innen der Vereinigung

Die Vereinigung der SchulleiterInnen der Hamburger Stadtteilschulen in der GGG:

In der Vereinigung haben sich 45 der 58 Schulleiter_innen der Hamburger Stadtteilschulen zusammengeschlossen, um die Interessen der Stadtteilschulen zu vertreten und ihnen ein Sprachrohr zu geben. Ihr Anliegen ist es, Politik und Verwaltung in der Weiterentwicklung einer leistungsstarken Schulform „Stadtteilschule“, der Schule für alle Kinder dieser Stadt, zu beraten und zu unterstützen und der Öffentlichkeit die notwendigen Informationen hierfür zur Verfügung zu stellen.

Rahmen und Orientierung für diese Aufgaben ist das „Leitbild der Stadtteilschule“ in Hamburg, auf das sich alle Hamburger Stadtteilschulen verständigt haben und das den pädagogischen Ansatz dieser Schulform umreißt.